

Mai 2025

**EUROPEAN CENTER OF
JUST TRANSITION
RESEARCH AND IMPACT-DRIVEN
TRANSFER (JTC)**

Just Transition Center
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 79/80
06108 Halle (Saale)
Germany

Tel. +49 345 55-25739
Fax +49 345 55-27312

info@jtc.uni-halle.de
www.jtc.uni-halle.de



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

No. 02

Digitaler Rechtsraum: Sachsen-Anhalts Chance im Strukturwandel

Konstantin Branovitskiy

Digitaler Rechtsraum: Sachsen-Anhalts Chance im Strukturwandel

Schnelles Recht, starke Wirtschaft: Digitale Transformation der Vollstreckung

Dieses Policy Paper analysiert die fundamentale Bedeutung einer effizienten Zwangsvollstreckung für Sachsen-Anhalts wirtschaftliche Zukunft inmitten des durch den Kohleausstieg induzierten Strukturwandels. Allein bei den Gerichten, die nur eines von vier zuständigen Vollstreckungsorganen darstellen, sind in Sachsen-Anhalt jährlich etwa 70.000 Vollstreckungssachen zu bearbeiten ([Geschäftszahlen des Justizbereichs](#)). Gegenwärtig bestehen bürokratische Hürden im System, die nicht nur massive wirtschaftliche Verluste verursachen, sondern auch systematisch das Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben und das gesellschaftliche Gefühl des „Abgehängtseins“ verstärken. Nachfolgend wird das erfolgreiche estnische Transformationsmodell skizziert, um darauf aufbauend praxisnahe und kurzfristig realisierbare Handlungsempfehlungen für eine digitale Systemerneuerung zu formulieren. In unserem LegalTech Lab JTC, einem der Forschungsprojekte des Just Transition Centers, zeigen wir: Unsere Chance in der Region besteht nicht darin, zum Mittelfeld aufzuschließen, sondern wir können digitale Vorreiter werden – mit messbaren Vorteilen für Bürger und Unternehmen sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Effiziente Rechtsdurchsetzung als Standortfaktor

Ein funktionierendes Zwangsvollstreckungssystem ist kein verzichtbarer Luxus, sondern die unverzichtbare Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und den Glauben an rechtsstaatliche Prinzipien.

Das heutige bundesweite Vollstreckungssystem, dessen Grundstrukturen noch aus dem 19. Jahrhundert stammen, trifft Transformationsregionen mit besonderer Härte.

Was in prosperierenden Wirtschaftsräumen lediglich als ärgerliche Verzögerung erscheint, kann in strukturschwachen Gebieten existenzbedrohende Dimensionen annehmen.

Gerade der oft gescholtene Föderalismus bietet hier eine strategische Chance: Die Länderkompetenzen im Bereich der Justizverwaltung ermöglichen es Sachsen-Anhalt, als Innovationsführer voranzugehen und maßgeschneiderte digitale Lösungen zu implementieren, ohne auf bundesweite Reformen warten zu müssen.

Für Sachsen-Anhalt, das sich durch den Kohleausstieg in einem fundamentalen wirtschaftlichen Umbruch befindet, wird die Modernisierung des Vollstreckungssystems zur Überlebensfrage. Während das Land einerseits Milliarden in neue Wirtschaftsstrukturen investiert, blockiert das veraltete Rechtsdurchsetzungssystem gleichzeitig die Entfaltung dieser neuen Potenziale. Eine ineffiziente, papierbasierte Zwangsvollstreckung wirkt wie eine unsichtbare Wachstumsbremse – gerade für jene innovativen Unternehmen, die den Transformationsprozess vorantreiben sollen.

Exemplarischer Ablauf einer Zwangsvollstreckung

Stellen Sie sich nun Folgendes vor: Eine Solartechnikerin aus dem Mansfelder Land hat eine Photovoltaikanlage auf dem Dach einer Gewerbehalle installiert – ein klassisches Transformationsprojekt. Der Auftraggeber zahlt die Rechnung nicht. Trotz des rechtskräftigen Gerichtsurteils zu ihren Gunsten gestaltet sich die tatsächliche Durchsetzung der Forderung als kafkaeske Odyssee:

- Sie muss persönlich bei verschiedenen Behörden vorsprechen, obwohl heutzutage selbst Banken Kredite

vollständig digital abwickeln.

- Sie muss ihre Antragsformulare in Papierform einreichen, und anschließend tauschen die beteiligten Ministerien die Formulare physisch aus.
- Die Verfahren ziehen sich über viele Monate hin, während sie ihre Rechnungen für die gestellten Solarpaneele innerhalb von sechs Wochen zahlen muss.
- Auskünfte über Vermögenswerte des Schuldners bleiben fragmentiert.
- Ihr entstehen zusätzliche Kosten für Anwälte und Gebühren – der Preis für ein Recht, das eigentlich bereits zugesprochen wurde.

Während ihr Unternehmen auf das Geld wartet, kann sie drei weitere Transformationsprojekte nicht realisieren. In einer Region, die den tiefgreifenden wirtschaftlichen Umbruch durch den Kohleausstieg bewältigen muss, sind solche Kettenreaktionen nicht nur problematisch – sie untergraben systematisch die Zukunftsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsraums.

Die Dysfunktionalität des Systems offenbart sich mit gleicher Deutlichkeit auf beiden Seiten der Gleichung. Während die Solartechnikerin als Gläubigerin um ihr Recht kämpft, wird an anderer Stelle ein ehemaliger Schuldner zum Opfer derselben strukturellen Ineffizienz. Und hiermit kommen wir zum zweiten Beispiel:

Ein Handwerker aus dem Burgenlandkreis hat nach einem schwierigen Jahr sämtliche Schulden beglichen. Das amtliche „Merkblatt zur vorzeitigen Löschung im zentralen Schuldnerverzeichnis“ verspricht ihm die Möglichkeit, seinen Eintrag zügig löschen zu lassen – theoretisch. In der Praxis muss er trotz elektronisch eingereicherter Zahlungsbelege laut offizieller Mitteilung „mehrere Arbeitswochen“ auf die Entscheidung warten. Das Paradoxe daran: Dem Vollstreckungsgericht „sind weder der Gläubiger, Gläubigervertreter, dessen Aktenzeichen, noch der bzw. die Titel, aus dem/denen vollstreckt worden ist, oder die Höhe der Forderung bekannt“. Der Handwerker muss zusätzliche Bestätigungen persönlich einholen und weiterreichen, obwohl diese Informationen oft im selben Justizgebäude bereits vorliegen.

Während dieser bürokratischen Warteschleife verweigert ihm die Bank ein für sein nächstes Projekt notwendiges Darlehen (Banken lehnen Kreditvergabe an Schuldnerverzeichnis-Eingetragene ab) – ein weiteres Transformations-

projekt scheitert. Eine simple digitale Verknüpfung könnte den Prozess in Sekunden erledigen, stattdessen schränkt die unnötige Verlängerung des Schuldneintrags sein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf wirtschaftliche Entfaltung unverhältnismäßig ein.

Wirtschaftliche Hürden in einer Region im Umbruch

Für Unternehmen in Transformationsregionen wie Sachsen-Anhalt stellt das ineffiziente Vollstreckungssystem eine existenzielle Bedrohung dar. Diese Betriebe operieren unter der doppelten Belastung äußerst begrenzter finanzieller Rücklagen bei gleichzeitiger Notwendigkeit, einen fundamentalen bzw. multiplen Strukturwandel [Surreau] zu bewältigen – eine Konstellation, die ihre ökonomische Vulnerabilität signifikant erhöht.

Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs, wo jeder Euro und jeder Tag zählt, kann ein verzögerter Zahlungseingang über unternehmerische Kontinuität oder Insolvenz entscheiden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Sachsen-Anhalt liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Schließung dieser wirtschaftlichen Diskrepanz erfordert nicht symbolische Maßnahmen, sondern evidenzbasierte, strukturelle Verbesserungen der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln. Die Region steht durch den Kohleausstieg bereits in einem zeitlich limitierten Transformationsfenster:

- **Akute Liquiditätsrisiken:** In der kapitalintensiven Transformationsphase können bereits einzelne verspätete Zahlungseingänge, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, existenzgefährdende Auswirkungen haben und Innovationsprozesse abrupt beenden.
- **Ineffiziente Ressourcenallokation:** Die komplexe und zeitaufwendige Durchsetzung legitimer Forderungen bindet präzise jene finanziellen, personellen und kognitiven Ressourcen, die für die strategische Neupositionierung und langfristige Wettbewerbsfähigkeit essenziell sind.
- **Strukturelle Investitionsbarrieren:** Die systemisch bedingte Unsicherheit bei der Durchsetzung vertraglicher Ansprüche erhöht die Risikoprämie für potenzielle Investoren signifikant und behindert damit den für die regionale Transformation notwendigen Kapitalzufluss.

Gerade in Regionen im Strukturwandel ist die Verlässlichkeit staatlicher Strukturen kein weicher, sondern der härteste Standortfaktor überhaupt.

Vertrauen als Standortfaktor: Die gesellschaftliche Dimension

Deutschland verzeichnet einen empirisch belegbaren Rückgang des Vertrauens in staatliche Institutionen und eine zunehmende Rechtsunsicherheit, insbesondere im Justizwesen ([Meller-Hannich, 2023](#)). Die Zwangsvollstreckung bildet dabei einen bürgernah erlebbaren und kritischen Teil des Justizsystems. In einer ohnehin strukturschwachen Region verstärkt dies das gesellschaftlich destabilisierte Narrativ der „regionalen Abkopplung“. Wenn die praktische Durchsetzbarkeit rechtskräftiger Urteile in Frage steht, resultiert dies nicht nur in quantifizierbaren ökonomischen Verlusten, sondern induziert eine fundamentale Vertrauenskrise mit weitreichenden sozio-politischen Implikationen.

Besonders fatal wirkt dieser Mechanismus vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung: Seit der Wiedervereinigung hat Sachsen-Anhalt einen erheblichen Teil seiner Bevölkerung verloren. Aktuelle Studien des Bundesländer-Demografieportals prognostizieren bis 2045 weiterhin erhebliche Abwanderungsrisiken für strukturschwache Regionen [[Zukünftige regionale Bevölkerungsentwicklung](#)]. Die wahrgenommene Unzuverlässigkeit staatlicher Kernfunktionen beschleunigt nicht nur die Abwanderung hochqualifizierter, mobiler Fachkräfte – sie mindert zugleich die Attraktivität strukturschwacher Regionen für potenzielle Zuwanderung. Ein ineffizientes Justizsystem sendet das Signal: Hier lohnt sich die Einhaltung von Regeln nicht – eine toxische Botschaft für jeden Innovationsstandort.

Ein effizientes, digitalisiertes und transparentes Vollstreckungssystem hingegen vermag einen positiven sozioökonomischen Kreislauf zu initiieren: Vertrauen in die Durchsetzbarkeit legitimer Ansprüche stimuliert wirtschaftliche Initiativen und unternehmerisches Engagement. Diese generieren regionalen Wohlstand, der wiederum das gesellschaftliche Vertrauen in staatliche Institutionen festigt. Die digitale Transformation der Zwangsvollstreckung repräsentiert somit keineswegs ein isoliertes verwaltungstechnisches Projekt, sondern konstituiert einen essenziellen Baustein für gesellschaftlichen Zusammenhalt und

eine selbstbestimmte Zukunftsentwicklung der Region.

Vergleich mit anderen Transformationsregionen: Das Beispiel Ida-Virumaa

Die estnische Region Ida-Virumaa könnte Sachsen-Anhalts Zwillingschwester sein: Beide kämpfen mit dem Ende traditioneller Energiewirtschaft (Braunkohle in Sachsen-Anhalt, Ölschiefer in Ida-Virumaa), überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und massiver Abwanderung. Doch während diese Parallelität der Herausforderungen offenkundig ist, divergieren die Transformationspfade erheblich.

Estland hat im Bereich der Rechtsdurchsetzung einen digitalen Paradigmenwechsel vollzogen, der insbesondere in der Transformationsregion Ida-Virumaa als wirtschaftlicher Katalysator wirkt. Das restrukturierte Vollstreckungssystem zeichnet sich durch vier zentrale Innovationsdimensionen aus:

- Die konsequente Bürgerorientierung durch digitale Serviceangebote, exemplarisch verdeutlicht durch Online-Rechner, die Schuldner ihr verfügbares Existenzminimum transparent und rechtssicher anzeigen.
- Die radikale Prozessoptimierung, die zu einer signifikanten Verkürzung der Verfahrensdauer führt und damit Kapital für wirtschaftliche Entwicklung freisetzt.
- Die systemische Integration von Datenbeständen, die die Erfolgsquote bei der Forderungsbeitreibung substantiell verbessert.
- Die strategische Automatisierung standardisierter Prozesse, die zu einer erheblichen Senkung der Verfahrenskosten führt.

Das deutsche Zwangsvollstreckungssystem verharrt hingegen in einer analog-digitalen Hybridstruktur, die den transformativen Potenzialen der Digitalisierung nicht gerecht wird. Der fundamentale Unterschied manifestiert sich exemplarisch in der Entwicklung zentraler digitaler Infrastrukturen: Während in Deutschland ein digitales Vollstreckungsregister noch im Stadium konzeptioneller Debatten verbleibt ([Arbeitsgruppe „Modernisierung des Zivilprozesses, 2020“](#)), implementiert Estland bereits konkrete Lösungen ([Täitemenetluse register](#)). Diese Diskrepanz zwischen Konzept und Implementierung illustriert den signifikanten Modernisierungsrückstand des deutschen Systems und seine inadäquate Anpassung an die Anforderungen von Transformationsregionen.

Die estnische Modernisierungsoffensive erweist sich in Ida-Virumaa als strukturpolitisches Erfolgsprojekt. Diese Region, die mit denselben postindustriellen Herausforderungen konfrontiert ist wie Sachsen-Anhalt, nutzt die Digitalisierung des Rechtssystems als Hebel für ökonomische Revitalisierung. Die erzielten Effizienzgewinne sind keine theoretischen Projektionen, sondern empirisch nachweisbare Realität [Idu-Virumaa Statistik: [Entrepreneurs, Employment status](#)]. Der kritische Erfolgsfaktor liegt in der holistischen Implementierung digitaler Lösungen entlang der gesamten Prozesskette der Rechtsdurchsetzung – vom initialen Antrag bis zur finalen Vollstreckung.

Forschungsprojekt für Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt läuft derzeit unser Projekt zur Modernisierung der Zwangsvollstreckung durch digitale Lösungen. Im LegalTech Lab JTC zusammen mit dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt führen wir dazu eine Studie durch und können auch bereits beachtliche Fortschritte vorweisen.

Nach einer umfassenden Analyse des geltenden Zwangsvollstreckungsrechts und der Evaluierung internationaler Best-Practice-Modelle wurde eine systematische, interaktive Wissensdatenbank erstellt. In der nächsten Projektphase werden strukturierte Experteninterviews mit Richtern und Gerichtsvollziehern durchgeführt, um zentrale praxisbezogene Herausforderungen präzise zu identifizieren und gezielte digitale Lösungsansätze zu entwickeln.

Besonders vielversprechend erscheinen folgende Ansätze:

- 1. Verfahrensmodellierung und Prozessdigitalisierung:** Interaktive, grafische Konzeption aller Verfahrensabläufe und Datenflüsse. Präzise Modellierung der Zuständigkeiten. Durchgängige Datenpipeline statt isolierter Dokumentenverarbeitung.
- 2. Automatisierte Prozesse zur Eintragungslösung aus dem Schuldnerverzeichnis:** Automatisiertes Verifikationssystem für Zahlungsnachweise. Direkte digitale Verbindungen zwischen Zahlungsbestätigungen und Schuldnerverzeichnis.
- 3. Digitaler Zuständigkeitsfinder:** Entwicklung einer öffentlich zugänglichen Online-Anwendung zur automatischen Ermittlung des zuständigen Ge-

richtsvollziehers. Benutzerfreundliche Oberfläche mit einfachen Eingabefeldern für juristische Laien. Mehrsprachige Unterstützung für bessere Zugänglichkeit.

- 4. Digitale Schulungen für Justizmitarbeiter:** Aufbau digitaler Kompetenzen direkt am Arbeitsplatz – die Menschen müssen bei der Transformation mitgenommen werden.

Das LegalTech Lab des JTC verfolgt mit der Evaluierung der konkreten Lösungsansätze das Ziel, nachhaltige Impulse für die Ausgründung von Unternehmen bzw. Start-ups in der Region zu liefern – ein wirtschaftlicher Nebeneffekt, der die Investitionen in die Digitalisierung mehrfach rechtfertigt.

Fazit: Digitale Zwangsvollstreckung als Katalysator für Sachsen-Anhalts Zukunft

Die Digitalisierung der Zwangsvollstreckung ist für Sachsen-Anhalt ein Schlüsselprojekt von strategischer Bedeutung. Sie adressiert gleichzeitig drei fundamentale Herausforderungen der Region:

- 1. Wirtschaftliche Stabilisierung:** Ein effizientes Vollstreckungssystem sichert Liquidität und Planungssicherheit für Unternehmen – besonders in Zeiten wirtschaftlicher Transformation. Jede verkürzte Wartezeit auf berechnete Forderungen bedeutet zusätzlichen finanziellen Spielraum für Investitionen und Innovationen.
- 2. Vertrauensbildung im Rechtsstaat:** Die verlässliche Durchsetzung von Recht stärkt das Vertrauen in staatliche Institutionen und wirkt dem gefährlichen Narrativ des digitalen Zurückbleibens entgegen. Dies ist angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung ein kaum zu überschätzender Faktor.
- 3. Digitale Kompetenzentwicklung:** Die Implementierung innovativer digitaler Lösungen schafft nicht nur Effizienz, sondern auch neue Qualifikationsprofile und Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Bereichen – genau jene Jobs, die die Region dringend braucht.

Dieses Projekt bietet eine wertvolle Gelegenheit, aus Sachsen-Anhalt ein Modell für gelungene digitale Trans-

formation zu machen. Mit politischem Willen, ausreichender Ressourcenausstattung und konsequenter Umsetzung kann die Region nicht nur aufholen, sondern zum Leuchtturm werden, der anderen Transformationsregionen den Weg weist. Die Digitalisierung der Zwangsvollstreckung ist mehr als ein Verwaltungsprojekt – sie ist ein zentraler Baustein für eine selbstbestimmte, prosperierende Zukunft Sachsen-Anhalts im digitalen Zeitalter.

Weiterführende Links

Europäische Union und Estland:

- [European e-Justice Portal](#)
- [European e-Justice Strategy](#)
- [EU Justice Scoreboard](#)
- [EU Enforcement Atlas](#)
- [Statistics Estonia](#)
- [e-Estonia](#)

Sachsen-Anhalt:

- [Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier](#)
- [Sachsen-Anhalt Digital 2030](#)
- [Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt](#)
- [Zentrales Vollstreckungsgericht Sachsen-Anhalt](#)

Deutschland:

- [Bund-Länder-Demografieportal](#)
- [Digitalisierungsinitiative für die Justiz \(Zwangsvollstreckung\)](#)
- [Arbeitsgruppe „Modernisierung des Zivilprozesses“](#)
- [Bundesministerium der Justiz](#)
- [Zentrales Vollstreckungsportal der Länder](#)



Foto: JTC | M. Scholz

Autoren-Portrait

Dr.habil. Konstantin Branovitskiy

Ist Teamleiter des LegalTech Lab Just Transition Center (JTC), verbindet Prozessdigitalisierung mit innovativen Lösungsansätzen für eine moderne, zukunftsstarke Region im digitalen Wandel.